

# Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Dezember 2015

12/2015

## Auch 2016 gilt - LINKS tut gut !

### 23 neue Mitglieder in diesem Jahr packen es mit an

**D**as Jahr 2015 neigt sich dem Ende zu und es hatte aus Sicht der LINKEN starke Akzente.

Am 28.02.2015 wählte sich die Gesamtmitgliederversammlung einen neuen Kreisvorstand. Neu, wir haben eine quотиerte Doppelspitze und sie funktioniert von Woche zu Woche besser. Die Aufgaben konnten so auf breitere Schultern verteilt werden.

Lange haben wir uns mit demokratischen Kräften auf die Gegenveranstaltung der extrem rechten Initiative »Zukunft statt Überfremdung« in Neuruppin am 06.06.2015 vorbereitet. Großspurig in der Ankündigung und klein in der Wirkung mussten die Nazis kleinlaut wieder nach Hause fahren. Dieser Tag war ein Erfolg, die Nazis konnten nicht marschieren und haben ihr Ziel nicht erreicht. Immer wenn die Nazis auftraten, zeigte DIE LINKE Flagge und sagte auf ganz unterschiedliche Weise, hier kommt ihr nicht ans Ziel. Vertreter der LINKEN sind in allen Initiativen selbstverständlich aktiv vertreten - man kann auf uns zählen.

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist auch in unserem Landkreis eine große Herausforderung. Die Willkommenskultur in unseren Kommunen wird durch viele Genossen gelebt, um Ängste abzubauen, die Flüchtlingen willkommen zu heißen und Hilfe bei der Bewältigung des Alltages zu geben. Dafür allen Aktiven herzlichen Dank.

Aktiv bringen wir uns in die Diskussion zur Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg ein. Mit den Genossen der Prignitz kämpfen wir gegen die Zerschlagung von Landkreisen, für die Reduzierung von Einwohnerzahlen und Gesamt-km<sup>2</sup> sowie für eine sinnvolle Funktionalreform mit der Übertragung von Aufgaben der Landkreise an die zukünftigen Ämter.

Rita Büchner  
Kreisvorsitzende



Die Teilnehmer am Kreisparteitag zeigen Flagge!

Foto: Privat

**N**ach einem stillen Gedenken an die Opfer des Terroranschlages in Paris gab die Kreisvorsitzende Rita Büchner auf dem Kreisparteitag der LINKEN. OPR am 14. November einen kurzen Abriss zur Arbeit des Kreisvorstandes in diesem Jahr.

Schwerpunkte waren u.a. die Arbeit in den Regionalverbänden, die Gewinnung neuer Mitglieder und nicht zuletzt die Zusammenarbeit mit der Prignitzer Kreistagsfraktion im Zusammenhang mit der geplanten Strukturreform des Innenministers. Sollte die Kreisgebietsreform wie geplant kommen, so Rita Büchner, stehen alle Parteien vor riesigen Herausforderun-

gen bei der Kandidatenfindung für die nächsten Wahlen.

Kreisvorsitzender (und auch Mitgliedsbeauftragter) Paul Schudlach konnte berichten, dass DIE LINKE. OPR im dritten Jahr in Folge einen Mitgliederzuwachs erreichen konnte - 2015 bisher 23 Neue, das Durchschnittsalter aller Mitglieder sank damit auf 58,5 Jahre. Stellvertretend für alle Neumitglieder wurden Arvid Schiller, Paul Kurzke, Anton Wrobel, Andreas Weber, Lea Techert, Marcus Kaiser, Theresa Höpfner, Hagen Hoffmann, Georg Albrecht, Celal Kutlu und Justin König ganz herzlich begrüßt.

Fortsetzung auf Seite 3



Ein frohes Weihnachtsfest  
und die besten Wünsche  
für ein gesundes,  
friedliches und glückliches  
neues Jahr

wünschen

Kreisvorstand, Regionalvorstände  
und Redaktion der  
Märkischen Linken!





Anfang November besuchte eine Gruppe von 50 Jugendlichen aus Prignitz und Ostprignitz-Ruppin unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann (DIE LINKE) in Berlin.

Auf dem Programm standen unter anderem ein Besuch des Innenministeriums und eine Stadtrundfahrt durch das politische Spektrum der Hauptstadt. Der Höhepunkt war natürlich der Besuch des Deutschen Bundestages und ein anschließendes Gespräch mit Kirsten Tackmann. Foto: Privat

## **DIE LINKE muss mehr für ihre Projekte kämpfen**



Foto: DIE LINKE. Brandenburg

**S**ylvia Zienecke, Paul Schmudlach und Doris Hochschild nahmen kürzlich als Delegierte bzw. Ersatzdelegierte am Landesparteitag der Brandenburger LINKEN teil - hier ihre Eindrücke.

Landesvorsitzender Christian Görke fand in seiner Rede deutliche Worte zur Schärfung des eigenen Profils der LINKEN wie lange kein Landesvorsitzender vor ihm. Er rief dazu auf, über die elternbeitragsfreie Kita und den Einstieg in die Gemeinschaftsschule zu reden, auch wenn es dem Koalitionspartner nicht passt.

Es waren zwei arbeitsreiche und interessante Arbeitstage, u.a. wurden fünf Foren angeboten. Paul besuchte Forum 1 mit dem Arbeitstitel: Gesellschaftliche Situation und das Profil der LINKEN in Brandenburg. Doris interessierte sich für Forum 5: Flüchtlings- und Integrationspolitik. Andrea Johlige (Landesgeschäftsführerin und Landtagsabgeordnete) leitete

es sehr emotional und mit großer Sachkenntnis. Wir diskutierten Bestandteile des Leitantes und den Initiativantrag zur Flüchtlings- und Integrationspolitik.

Die Delegierten haben insgesamt fünfundzwanzig Änderungsanträge zum Leitantes »Brandenburg. Land zum Leben« diskutiert, davon siebzehn am Sonntagvormittag. Forderungen der Basis, (u. a. auch der Kreistagsfraktionen der LINKEN von Prignitz

und OPR) wie z. B. die Abkehr vom Sektoralprinzip oder die Verringerung der Mindesteinkommen für die neuen Kreise, sind in den Leitantes eingeflossen. Der Antrag wurde dann in seiner endgültigen Fassung einstimmig angenommen.

Zur Abendveranstaltung am Samstag »25 Jahre Linke in Brandenburg« saßen wir in entspannter Runde bei Livemusik und Wein zusammen. Wir haben viele interessante Gespräche geführt und diskutiert.

Allen Genossinnen und Genossen, die für die Vorbereitung und Durchführung dieses Parteitages verantwortlich waren, unseren Respekt und unsere Anerkennung. Besonderer Dank an Sylvia Zienecke, die uns von Neuruppin abholte und auch wieder nach Hause fuhr.

Doris Hochschild, Neuruppin

## **Kommentar**

### **10 Jahre Merkel - 10 Jahre vertane Chancen**

*Es sind jetzt 10 Jahre, dass »Mutti« Merkel Deutschland regiert. Waren das 10 erfolgreiche Jahre? Ich glaube NEIN! Unter der Losung »Deutschland steht gut da« hat Merkel viele der anstehenden Probleme »ausgesessen«. Es mag zwar stimmen, dass die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, das Bruttoinlandsprodukt sich annehmbar entwickelt und Deutschland einen ausgeglichenen Haushalt hat. Aber, ist das ein Verdienst von Merkel? Sehenden Auges hat sie es zugelassen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Laut Statistischem Bundesamt hat jeder dritte Erwerbslose Probleme, sich jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit zu genehmigen. Deutschland wurde unter Merkel das Land in der Eurozone, in dem die Ungleichverteilung des Reichtums am größten ist. Etwa 0,1 % der reichsten Deutschen besitzen inzwischen 17,3 % des gesamten Nettovermögens. Die untere Hälfte der Deutschen hat dagegen nur 2,5 %. Ja, das Bruttoinlandsprodukt ist von 2000 bis 2014 real um 15,7 % gestiegen, aber die meisten Menschen, die das erarbeiten, sind heute von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt.*

*Was tat sich unter Merkel? Der Mindestlohn kam, der einerseits zu gering ist und außerdem zu viele Ausnahmen regelt. Aber, unter ihr wurde auch 2007 das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht. Im Gegenzug sind Steuererhöhungen für Reiche oder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer Tabu-Themen für Merkel. Deutlich ist in Deutschland erkennbar, wie öffentliche Armut und privater Reichtum immer weiter auseinanderdriften.*

*Die Scheinheiligkeit der Merkelschen Politik ist kaum noch zu übertreffen. Einerseits geißelt sie die Schulden der anderen (siehe Griechenland), verordnet ihnen eine unmenschliche Sparpolitik, anstatt sich als wirkliche Europäerin zu beweisen und den Ländern mit einer Investitionsoffensive zu helfen.*

*Und dann gibt es noch ihre unsägliche Russlandpolitik. Dass ohne Russland nichts geht, zeigt sich gerade jetzt im Syrienkonflikt. Auch der deutschen Exportwirtschaft tat sie mit den verordneten Sanktionen keinen Gefallen. Aber, das alles ist wahrscheinlich ihrer USA-Hörigkeit geschuldet. Neulich las ich: »Putin - macht Politik; Obama - Machtpolitik; Merkel - Macht nix«*

Achim Müller

## Viel Sympathie für die Ministerin der LINKEN

In ihrer Oktoberveranstaltung hatte die Kulturbundgruppe RUPPNER GESCHICHTE eine beeindruckende Frau zu Gast. Sie konnte viel Interessantes aus ihrer Arbeit erzählen. Immerhin hat Diana Golze als Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie mit das umfangreichste Arbeitsgebiet in der Landesregierung. Sie sei der Einladung der Kulturbundgruppe gefolgt - gern, sagte sie, um aus ihrem Alltag zu berichten. Anfang November war sie gerade mal ein Jahr im Amt, aber sie hatte 9 Jahre Erfahrung als Bundestagsabgeordnete in die Regierungstätigkeit von Rot-Rot eingebracht.

Sie erzählte uns lebendig und überzeugend sachlich von ihrer täglichen Arbeit. Und man musste eigentlich staunen, was sie mit ihren Mitarbeitern - natürlich, sie vergisst sie nicht zu erwähnen - in diesem einen Jahr schon alles angepackt und auch durchgesetzt hat.

Hier nur einige Beispiele:

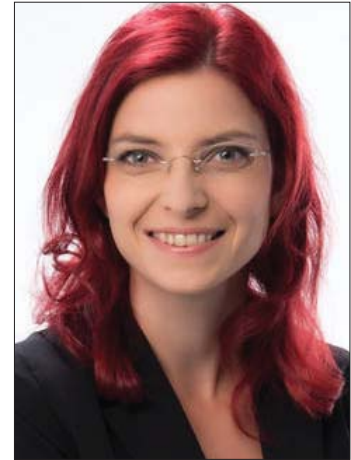
Da sind entscheidende Vorhaben der Pflegereform. Wer wusste schon, dass das Land Brandenburg (im Vergleich der neuen Länder, außer Berlin) die höchsten Pflegesätze hat? 2030 wird im Land nach bisherigen Berechnungen die Hälfte der Einwohner über 60 Jahre alt sein. Die Kommunen aller Ebenen, die Pflegedienste und nicht zuletzt die Führung im Land

für diese neuen Anforderungen zusammenzuführen, gemeinsam neue Wege zu suchen und zu finden - das war und ist nicht gerade selbstverständlich. Oder ihre Sorge für die vielfach stark beanspruchten Mitarbeiter im Gesundheitswesen, den wachsenden Mangel an Ärzten auf dem Land - das alles liegt auf ihrem Tisch und bewegt sie.

Sie hat das große Problem wachsender Kinderarmut mit konkreten Vorhaben in den Mittelpunkt gestellt. Für die Rentengleichheit in Ost und West kämpft sie heute wie schon seit Jahren - 19 Anträge der LINKEN, an denen sie mitwirkte, wurden im Bundestag leider immer wieder abgelehnt. In Sachen Flüchtlinge, worauf sie ausführlich einging, kann man ihr nachfühlen, was für ein Riesepaket Arbeit das bedeutet - die Integration der Flüchtlinge in ihr neues Leben vor allem.

Auch die Familie wurde in ihrem Vortrag nicht ausgeklammert. Sie hat zwei Kinder, 7 und 11 Jahre alt. Ihr Mann arbeitet derzeit verkürzt in seinem Beruf, um sich mehr der Familie widmen zu können, die Schwiegereltern helfen. Alles nicht einfach, man glaubt ihr das gern, aber auch, dass es ohne das funktionierende »Hinterland« Familie nicht gut möglich wäre, eine solche anspruchsvolle Arbeit zu bewältigen.

Am Schluss der Veranstaltung, in der sie auch noch etliche Fragen beantwortete,



Ministerin Diana Golze

Foto: DIE LINKE. Brandenburg

tete, schienen alle Mitglieder und Gäste zufrieden zu sein - sie wussten ihre Probleme in guten Händen.

Außer einem sehr schönen Blumenstrauß wurde ihr noch eine beträchtliche Spende für Flüchtlingskinder mitgegeben. Keiner hat gezählt, wie viel es war, aber es lagen etliche nicht gerade kleine Scheine mit auf dem Teller.

So konnten wir sozusagen »ganz nah« eine Ministerin der LINKEN mit klarem Standpunkt und deutlich spürbarem Engagement für die Bürgerinnen und Bürger erleben.

ch-

## Auch 2016 gilt - LINKS tut gut !

Fortsetzung von Seite 1

Der Landesvorsitzende der LINKEN in Brandenburg, Christian Görke, schlug in seiner Rede einen Bogen von den Landtagswahlen bis zum Landesparteitag am letzten Wochenende. Wir mussten erst einmal lernen, sagte er, dass die Vertrauensverluste doch schwerer wiegen, als wir dachten. Aber es geht um unser Land, wir müssen es sozialer und gerechter machen - darum sind wir auch wieder das Wagnis der Koalition mit der SPD eingegangen. 12 Monate sind seitdem vergangen, und wir haben einiges geschafft: Der Kita-Betreuungsschlüssel wurde schon ab 2015 verbessert, noch einmal zusätzliche 240 Lehrerstellen wurden geschaffen, der Mindestlohn für öffentliche Aufträge steigt ab 2016 auf 9 Euro, es wird ein höheres Landespflegegeld gezahlt, 32 zusätzliche Stellen in der Justiz wurden geschaffen ... Er begründete noch einmal

die Notwendigkeit einer Verwaltungsstrukturreform und verwies in seinen Ausführungen darauf, dass die Bedenken der Kreistagsfraktionen der LINKEN in OPR und PR in die Position der Landtagsfraktion eingeflossen sind. Das ist auch in den Beschlüssen des Landesparteitages zu sehen und es bedeutet aber nicht das Ende der Koalition, sondern nur eine Darstellung unserer Position.

Als Delegierte wurden gewählt:

- Landesparteitag  
Ines Nowack, Freke Over
- Landesparteitag  
Maren-Sigrid Schulz, Sylvia Zienecke, Dieter Groß, Paul Schmudlach
- Landesausschuss  
Joachim Behringer
- Kreisfinanzrevisionskommission  
Ines Nowack.

Folgender Antrag der Fehrbelliner Genossen wurde angenommen:

Mit der Vorstellung des Leitbildentwurfs zur Verwaltungsstrukturreform 2019 in Brandenburg durch den Innenminister Schröter am 22. Mai 2015 hat der öffentliche Dialog darüber begonnen.

Diesen Dialog, der derzeit ergebnisoffen ist (sein soll) und der die demokratische Teilhabe und Mitwirkung der Bürger bereits jetzt zulässt, sollten wir dazu nutzen, unseren Forderungen nach einer umfassenden Funktionalreform, einschließlich Finanzierungskonzept, Ausdruck zu verleihen.

Unsere Schwerpunkte sollten dabei sein:

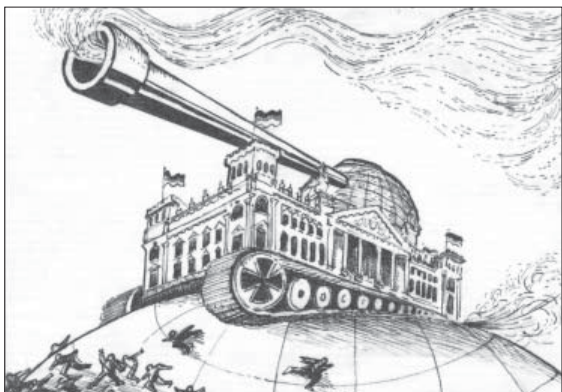
- Funktionalreform vor Gebietsreform (kommunale Strukturen leiten sich aus den künftigen Aufgaben ab)
- Bürgernähe, Transparenz in Wort und Schrift fördern
- Stärkung des Ehrenamts durch finanziellen Ausgleich des Mehrbedarfes bis hin zu Ortsbeiräten.

Unser Ziel sollte es sein, den Leitbilddialog umfassend mitzugestalten und unsere Möglichkeiten wahrzunehmen, diesen bis Mitte 2016 nach unserer Schwerpunktsetzung zu verändern.

Jürgen Schubert

## Bundestagsreport

# Krieg ist keine Lösung



Soll die Welt schon wieder am deutschen Wesen genesen?  
Grafik: Klaus Parche (Quelle: RotFuchs Mai 2014, Seite 32)

Nur in sehr seltenen Ausnahmefällen unterbricht der Deutsche Bundestag seine Plenarsitzung. Am Abend des 26. November 2015 war dies vor der abschließenden Debatte zum Haushalt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft der Fall. Zunächst hatten die Koalitionsfraktionen Sitzungsunterbrechung beantragt. Nachdem klar war, dass es um eine mögliche Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Syrien gehen sollte, forderte selbstverständlich auch die Opposition, parallel informiert zu werden. Während Außenminister Steinmeier zu den Grünen ging, wurde zur Linksfraktion als Oppositionsführerin nur der beamtete Staatssekretär im Außenministerium, Steinlein, geschickt.

Aber bedrückender als dieser Formfehler war die Botschaft, die er verkündete:

Es gäbe einen Krisenbogen von Libyen über Mali bis Afghanistan. Deutschland sähe sich in Beistandsverpflichtung gegenüber Frankreich einschließlich militärischer Optionen. Nachdem Gerhard Schröder im Irakkrieg und Guido Westerwelle in Libyen noch eine direkte Beteiligung Deutschlands an Kriegshandlungen verweigert hatten, wird die Bundesregierung jetzt ein Bundeswehrmandat noch in diesem Jahr durch den Bundestag legitimieren lassen. Leider wird nur die Linksfraktion Widerstand dagegen leisten.

Im Moment wird zwar »nur« über eine militärische Entlastung der französischen Armee mit Tank- und Aufklärungsflugzeugen in Mali gesprochen. Aber es ist zu erwarten, dass dies nur der Anfang ist. Unterdessen berichten Medien über Einsatzpläne für 1.200 Soldatinnen und Soldaten.

**Neben der Grundsatzposition der LINKEN, dass Konflikte militärisch nicht gelöst, sondern vertieft werden, und wir deshalb Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnen, sind viele Fragen offen.** Zum Beispiel die Frage nach der völkerrechtlichen Grundlage. Warum hat Verteidigungsministerin von der Leyen dem Beistandsfall nach Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrags zugestimmt, obwohl es keinen Angriff auf Frankreich von außen gab, sondern eine ter-

roristische Attacke durch französische und belgische Staatsbürger, die polizeilich und strafrechtlich verfolgt werden müssen?

**Wieso nehmen die anderen Fraktionen widerspruchslos hin, dass die Mitwirkungsrechte des Parlaments so grob missachtet wurden?** Warum werden nur militärische Aktionen diskutiert, obwohl sich diese aus dem Vertragstext nicht automatisch ableiten lassen? Wie sind solche Militäraktionen vereinbar mit der nach wie vor existierenden staatlichen Souveränität Syriens? Gegen wen sollen sich Militäraktionen richten angesichts der Vielzahl von Konfliktparteien mit sehr unterschiedlichen, auch gegeneinander gerichteten Interessenslagen, die oft nur scheinbar gemeinsam gegen den so genannten IS vorgehen?

Für DIE LINKE ist gerade nach den Erfahrungen der Kriege in Afghanistan und Irak klar, dass Konflikte nur politisch gelöst werden können. Militärisches Eingreifen führt nur zu mehr Armut und Hass. Deshalb wird DIE LINKE auch diesen Einsatz der Bundeswehr ablehnen. **Das heißt aber nicht, untätig zu sein - im Gegenteil. Dem IS müssen die Grundlagen entzogen werden.** D. h. zum Beispiel seine Geldquellen zu blockieren und Rüstungslieferungen zu unterbinden. Gleichzeitig muss den Menschen in den Krisengebieten wieder eine friedliche Perspektive geboten werden mit Zugang zu Bildung, Nahrung, Wasser und Infrastruktur.

Kirsten Tackmann, MdB

## Kyritzer Bürgerentscheid zum »Klostergarten«



**JA für den Klostergarten**

Foto: Heike Grüttner

Bereits 2007 hat die Stadtverordnetenversammlung Kyritz über das Nutzungs- und Finanzierungskonzept des gesamten Klostergeländes, darin enthalten

der denkmalgeschützte barocke Klostergarten, entschieden. Eine Umsetzung des Beschlusses unterblieb. Die zuständigen Gremien (Bau-, Wirtschafts-, Kultur- und Hauptausschuss) haben 2015 eigentlich die neuerlichen, geänderten Vorstellungen der Verwaltung abgelehnt. Am 29.04.2015 entschieden die Stadtverordneten sich jedoch mehrheitlich für eine Bebauung des Klostergartens mit zusätzlichen, aus Sicht der Bürgerschaft und einiger Abgeordneter, unnötigen und sinnlosen Gebäuden. Ein Kleinod würde zerstört werden.

Die Parteien und ihre Kandidaten bei Wahlen, aber auch zur Wahl stehende Bürgermeister, schreiben den Gedanken, gestützt

auf die Brandenburger Verfassung, der »direkten Demokratie« gern in ihre Wahlprogramme. Wenn es jedoch konkret wird, dann sind Vorstellungen der Verwaltung und der Gremien der »parlamentarischen Demokratie« anscheinend alternativlos. Spontan bildete sich aus breiten Kreisen der Kyritzer Bürger eine Initiative »Rettet den Klostergarten«, die alternativ für die Weiterentwicklung des innerstädtischen Kulturstandortes (Spielort des Amateurtheaters »Kyritzer Knattermimen« und Veranstaltungsort), durch Restaurierung der denkmalgeschützten Bauten wie Klausurflügel, alte Brennerei und Neugestaltung des Klostervorplatzes eintrat. Damit soll ein »Schandfleck« in der Innenstadt nachhaltig beseitigt werden.

Fortsetzung nächste Seite

# Spende für unsere Flüchtlinge ausgebremst

Aber für Solidarität sollten wir alle zuständig sein, oder?!

**K**ürzlich tagte die Gemeindevertretung Fehrbellin mit einer wieder umfangreichen Tagesordnung. Ein wichtiger Punkt beinhaltete Informationen zur Flüchtlingsproblematik. Dieses Thema kam auf meine Initiative hin zustande, da ich bereits in der vorherigen Sitzung zum TOP Anfragen der Gemeindevertreter auf meine Frage nach dem Stand der Flüchtlingssituation in der Gemeinde nur die allgemeine Antwort erhielt, dass das Angelegenheit des Kreises sei.

Hatte ich noch vor kurzem in einem Beitrag in der Märkischen Linken über die Arbeit unserer Fraktion in der Gemeindevertretung berichtet, dass sich die Diskussionen und Entscheidungen der Gemeindevertreter weitgehend sachlich und mit breitem Konsens am Gemeinwohl orientieren, musste ich nun auf der letzten Gemeindevertreterversammlung beim Punkt Flüchtlingsproblematik leider eine andere Erfahrung machen.

Nachdem Frau Kuhne als zuständige Fachfrau von der Kreisverwaltung sehr ausführlich, sachlich und realistisch über die aktuelle Situation im Kreis allgemein und im Wohnverbund Lentzke im Speziellen informierte und auch viele Probleme benannte, hatte ich in der anschließenden Diskussion schon den Eindruck, dass

für einige Gemeindevertreter das Thema entweder unangenehm oder auch nicht so interessant ist. Eine gewisse Gleichgültigkeit war nicht zu übersehen. Meine Anmerkungen und Fragen zur besseren Busanbindung und zur KITA-Versorgung wurden von Frau Kuhne aufgenommen und

## DIE LINKE.

### im Parlament

zugesichert, das weiter zu prüfen und daran zu arbeiten.

Ich informierte auch über den kürzlichen Besuch von einigen Vertretern unseres Regionalverbandes im Wohnverbund Lentzke. Dort übergaben wir als Spende 50 Bücher »Deutschkurs für Flüchtlinge« im Wert von 285 Euro an die Sozialarbeiterin Josephine Gutzeit, um das Erlernen der deutschen Sprache zu unterstützen. Bei diesem Gespräch wurde auch der Wunsch nach einem »Kinderzimmer« in Form von einem Kindertisch und 5 Stühlen geäußert.

Aber viel mehr Fragen oder Diskussionsbeiträge von den anwesenden Gemeindevertretern kamen kaum.

Wir haben auch in diesem Gremium bereits mehrmals über Willkommenskultur in der Gemeinde diskutiert. Um nun ein deutliches und positives Signal für die Unterstützung und Integration unserer

Flüchtlinge zu geben, schlugen Brigitte Gutsch und ich vor, einmalig auf das Sitzungsgeld zu verzichten, um damit das gewünschte Spielzimmer anschaffen zu können.

Leider haben der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Bahr (der erst seit dieser Legislaturperiode Mitglied der Gemeindevertretung ist) und einige andere Gemeindevertreter den Antrag mit dem Verweis, dass doch bitte erstmal der Kreis zur Verantwortung gezogen wird, abgeblockt. Da abzusehen war, dass der Antrag zu diesem Zeitpunkt keine Mehrheit findet, zog ich ihn zurück und kündigte an, bei der nächsten Gemeindevertreterversammlung, nach einer »Bedenkzeit« für alle Abgeordneten, den Antrag erneut zu stellen.

Es geht uns darum, Solidarität mit den Flüchtlingen zu zeigen, den Bürgern die Ängste und Vorbehalte, die oftmals bestehen, zu nehmen und den rechten Demagogen keinen Spielraum für ihre Hetze zu geben.

Die beiden Abgeordneten der LINKEN-Fraktion in der Gemeindevertretung werden auch zukünftig klar ihre Position vertreten und das Thema Willkommenskultur als Leitbild des Kreises und der Gemeinde Fehrbellin weiter diskutieren, um es Schritt für Schritt Wirklichkeit werden zu lassen.

*Dieter Sarnow, Fehrbellin*

## Kyritzer Bürgerentscheid zum »Klostergarten«

Fortsetzung von Seite 4

Nach erfolgreichem Bürgerbegehren haben die Kyritzer mit einem klaren Votum von fast 82% der abgegebenen Stimmen, das sind rund 29,7% der Wählerschaft, gezeigt, dass man nicht hinnehmen muss, was eine Bürgermeisterin und die Mehrheit von Kommunalpolitikern zu beschließen gedenken. Das hohe Quorum bei Bürgerentscheiden von 25%, und das ist einmalig in Brandenburg, wurde deutlich überboten.

Das unkomplizierte, fraktionsübergreifende Agieren der Bürgerinitiative mit Abgeordneten der LINKEN, CDU und einer Vertreterin der SPD trug maßgeblich zum Ergebnis des Bürgerentscheides bei.

Ich bin Mitglied und Vertrauensperson der Bürgerinitiative sowie sachkundige Einwohnerin im Wirtschaftsausschuss der Stadt-

verordnetenversammlung für DIE LINKE in Kyritz. Ganz ehrlich, wir sind stolz auf das Ergebnis und bieten den kommunalen Entscheidungsgremien und dem Förderverein »Klosterviertel e.V.« auch weiterhin unsere Unterstützung für eine gemeinsame, demokratische sowie zeitnahe Entscheidung zur Weiterentwicklung des Klosterviertels an. Eines sollte dabei Konsens sein, so demokratisch der Weg zum gemeinsamen Ziel war, so demokratisch muss auch der Weg in die Zukunft dieses Standortes in der Innenstadt sein. Bei der Mehrheit unserer Stadtfraktion, besonders bei ihrem Fraktionsvorsitzenden Dieter Groß, möchte ich mich an dieser Stelle für das Engagement bedanken. Die Kyritzer Bürger haben bewiesen, dass man sich erfolgreich einmischen kann und sie schätzen das vertrauensvolle Gespräch

und bei Erfordernis das gemeinsame Vorgehen mit ihren Abgeordneten in Verantwortung für unsere Stadt.

Wer mehr über das Bürgerbegehren, unsere Arbeit in der Bürgerinitiative und unsere Vorstellungen erfahren möchte, kann sich mit mir in Verbindung setzen (cosanos-tra-heike@web.de oder 01745304050).

Eigentlich wollte ich zum letzten Kreisparteitag in Fretzdorf über unsere Arbeit und den Bürgerentscheid persönlich berichten, leider war ich verhindert, so dass ich die Möglichkeit des Leserbriefes in der »Märkischen Linken« nutzen möchte, mich bei allen Unterstützern und Wählern zu bedanken.

*Heike Grüttner, Kyritz  
BI »Rettet den Klostergarten«*

## Wie ein Arzt seinem Ethos gerecht wird



Aufklärung gehört dazu

Foto: Privat

In den Praxisräumen von Dr. Bogatzki in Neuruppin hängen fast ausschließlich Fotos, die farbige Kinder, meist in ärmerlicher Umgebung, zeigen. Es sind kleine Afrikaner. Wer dann erfährt, dass Doktor Bogatzki nun schon mehrfach in seinem Urlaub als Zahnarzt in Afrika gearbeitet hat, kann sich beinahe vorstellen, dass die eindrucksvollen Fotos ein Stück »Lebensprogramm« für ihn sind. Und das kam so:

Der Münsteraner hatte während seines Studiums eine Art Praktikum im Kongo absolviert, und das hat wohl offenbar sein besonderes Interesse für Afrika geweckt. Später, schon als praktizierender Zahnarzt, las er in der Fachzeitschrift einen Aufruf von Ärzten eines Vereins zur zeitweisen Tätigkeit in Kenia. Er meldete sich bei diesem unabhängigen Verein in Erfurt, den eine Gruppe von Kollegen gegründet hatte, geleitet von dem Willen, dort kranken und bedürftigen Menschen zu helfen - und einem Land, das kein solches Gesundheitssystem wie unseres kennt. Viele Menschen müssen deshalb sterben, weil ihnen nicht geholfen werden kann.

### Mediziner engagieren sich

In dem sehr bescheidenen Krankenhaus im Ort Nyabondo in Kenia arbeitet Dr. Bogatzki nun schon seit 15 Jahren mit anderen Ärzten zusammen, und das fast jährlich mindestens 3-4 Urlaubswochen unter ganz anderen, schwierigeren Bedingungen als hier zu Hause. Inzwischen sind es außer den Zahnärzten noch Augenärzte,

zwei Orthopäden und ein Chirurg aus Deutschland und Belgien, die wie Dr. Bogatzki regelmäßig dort tätig sind. Und sie lernen ein Stück Afrika und seine Menschen unmittelbar kennen.

Übrigens arbeiten er und seine Kollegen dort unentgeltlich. Nur ihre tägliche Essenversorgung und die (ebenfalls sehr einfache) Unterkunft werden abgesichert.

Für viele medizintechnische Einrichtungen haben die Ärzte selbst gesorgt, genauso wie für die gesammelte und gespendete Medizin, die jährlich mit einem Container vom Verein dorthin geschickt wird, bezahlt von den Mitglieds- und Jahresbeiträgen der Mitglieder und von Spenden (Der Verein erhält keinerlei staatliche Zuschüsse).

### Menschlichkeit kontra Armut

Die Menschen auf dem Land in Kenia - ehemals eine vom »Mutterland« maßlos ausgebeutete britische Kolonie - leben ärmlich, in kleinen Dörfern, arbeiten in der Landwirtschaft. Vorwiegend werden Mais und Zuckerrohr angebaut. Die Folgen einseitiger Ernährung spüren die Ärzte natürlich besonders.

Die Leute bewältigen die oft unvorstellbar weiten Wege zum Krankenhaus meist zu Fuß, sie sind sehr dankbar für die mögliche medizinische Betreuung. Aber meist können sie weder Behandlung noch Medizin mit Geld bezahlen - sie tun es oft mit Naturalien, die dann dem Krankenhaus zugute kommen.

Die Ärzte haben einen kleinen LKW angeschafft und als »mobile Behandlungseinheit« eingerichtet, um auch sehr abgelegene Orte zu erreichen und dort - neben den Kranken - vor allem die Kinder zu untersuchen und zu behandeln: ihr ganz besonderes Anliegen! Und ein weiteres sehr wichtiges: Die Ärzte bilden vor Ort Helfer aus, sodass diese dann in der Lage sind, eine bestimmte Betreuung der Kranken weiter abzusichern.

### Verzweifelte Suche nach Zukunft

Weil er das schwierige, mit unseren Bedingungen und Möglichkeiten überhaupt nicht vergleichbare Alltagsleben der Menschen in diesem Land genau kennt und das auch von anderen afrikanischen Ländern weiß, den maßlosen täglichen Terror, die Kriege und Kämpfe verfolgt, die zerbombten und zerschossenen Städte und Dörfer sieht, die Armut der Menschen und ihre Not immer vor Augen hat, die völlig ungenügende medizinische Versorgung selbst in diesem einigermaßen entwickelten Land wie Kenia ihm stets Sorgen macht - deshalb bewegt Dr. Bogatzki auch die gegenwärtige Flüchtlingssituation hier bei uns.

Warum kommt man als Flüchtling nach Europa, nach Deutschland? Weshalb nimmt man, auch mit Kindern, oft unbeschreibliche Strapazen, zum Beispiel übers Meer, auf sich, um Ruhe und Frieden und Zukunft zu finden? Müssen wir uns nicht - aus unserer relativen Sicherheit, auch aus unserer gewohnten Bequemlichkeit heraus - besonders diese Frage stellen, anstatt Flüchtlinge einfach zu verteufeln?

»In Syrien zum Beispiel,« sagt er, »ist die Lage tatsächlich so, dass die Menschen wirklich Todesangst haben, dass sie deshalb aus dem Land flüchten, endlich Frieden und Ruhe suchen.« Unter den Flüchtlingen aus anderen Ländern sind ebenfalls viele, die verfolgt wurden und deshalb ihre Heimat verlassen.

### Bewährungsprobe für uns

»Diese Flüchtlingssituation ist jetzt eine Herausforderung für uns. Ich finde, dass wir uns in Europa (nicht nur in Deutschland) dieser Aufgabe stellen müssen. Da brauchen wir allerdings eine Politik, die diese Aufgabe aktiv in die Hand nimmt. Das sehe ich zur Zeit aber nicht!«, so Dr. Bogatzki.

»Ein Problem scheint mir zu sein, dass viele Menschen - auch in Neuruppin - in den Flüchtlingen nur etwas Fremdes sehen. Aber sie bringen eine neue Kultur, ihre Lebenskultur, mit. Und ich denke, wir müssen auch damit leben lernen, das als eine positive Herausforderung betrachten. Offensichtlich aber ist die Politik derzeit viel zu schwach, um die Bürger darauf vorzubereiten.

**Die Politik tut sich schwer**

Was ich interessant finde, dass einfache Menschen mit ihrer Hilfe und ihrem Einsatz für Flüchtlinge sehr kreativ sind, dass sie sich vielfältig und uneigennützig engagieren. Das braucht aber noch mehr die Unterstützung durch die Politik. Aber was vor einigen Tagen in der Politik passierte,

Es finden sich auch immer wieder Kollegen oder Bekannte, die sich für diese ganz und gar ehrenamtliche Aufgabe, zum Beispiel in Kenia, begeistern und dort helfen wollen.  
So waren eine Kinderkrankenschwester aus dem Neuruppiner Klinikum und eine Berufsschullehrerin aus Neuruppin eine sehr wertvolle Unterstützung im Krankenhaus in Kenia.

dass mit nicht abgesprochenen Vorhaben (sh. die Äußerungen von Innenminister de Maizière) vorgeprescht wird oder die Debatten in der Union über eine zweite Welle an Gesetzesänderungen - sollen etwa die Frauen und Kinder in den Ländern dort zurückbleiben?? Auch daran sieht man, wie unsicher und inkonsequent die Politik ist.

Und ebenso sollte die Wirtschaft viel mehr herangezogen werden. Die Flüchtlinge sind schließlich auch künftige Arbeitnehmer, über deren Fehlen so viele Unternehmer klagen. Wobei die Politik hier sehr darauf achten sollte, dass die Flüchtlinge nicht zu Billiglohnkräften degradiert werden und das Mindestlohn-gesetz nicht ausgehebelt wird.«

**Aufgeschlossenheit selbst vorleben**

Es gehört zum guten Ton in der Zahnarztpraxis Bogatzki, dass z.B. viele Asylbewerber und Flüchtlinge, die in Neuruppin-Treskow untergebracht sind, hier eine gute Aufnahme finden und man ihnen auch dabei hilft, z.B. notwendige Bescheinigungen u.ä. zu beschaffen oder ihnen anderen Rat zu geben. »Wir arbeiten gut miteinander«, sagt der Doktor.

Bei einem Vortrag im Café Hinterhof in Neuruppin hatte Dr. Bogatzki zwei Besucher aus Kenia kennengelernt. Einen der beiden hat er in seiner Praxis als Zahnarthelfer ausgebildet. »Ich wollte damit auch unseren Patienten zeigen, dass Menschen mit anderer Hautfarbe ebenso eine gute Arbeit machen - die Patienten haben das angenommen. Es hängt von uns ab, wie wir das vorleben, wie wir in unserem eigenen Umfeld zeigen, dass wir den neuen Mitbürgern aufgeschlossen entgegenreten. Das muss die Politik, im Kleinen wie im Großen, auch machen. Man muss das Zusammenleben mit den Menschen aus anderen Ländern, aus anderen Kulturen, normalisieren.«

Dem ist wahrhaftig nichts hinzuzufügen.

*Christa Horstmann*

*Am Rande bemerkt: Unser Zahnarzt aus Münster hat Neuruppin in einem Urlaub kennengelernt und fand die Stadt sehr schön. Münster war gut versorgt mit Zahnärzten. Was lag näher, als hier eine Praxis zu eröffnen?*

*Und nun ist er schon 19 Jahre ein Neuruppiner.*

# Keiner spricht über diese **schmarotzenden** »Flüchtlinge«

Da verschwinden die Milliarden

Über eine Million Flüchtlinge sollen es dieses Jahr nach Deutschland schaffen. Und vorerst bleiben. Das ist eine unglaublich hohe Zahl.

Aber die Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Kosovo, Albanien, Eritrea oder Nigeria kosten uns noch lange nicht so viel Geld, wie die »Flüchtlinge«, die Deutschland verlassen und die seinem Finanzsystem den Rücken kehren. Die Versorgung der ankommenden Flüchtlinge kostet Deutschland in diesem Jahr rund 10

Milliarden Euro, schätzt die Bundesregierung.

Die »Flüchtlinge«, die Deutschland verlassen, um Steuern zu sparen, kosten das Land laut dem Bund der Steuerzahler pro Jahr mehr als 10 Milliarden Euro. Insgesamt gehen Deutschland durch Steuervermeidung und Steuerflucht rund 100 Milliarden Euro

verloren.

Die Menschen, die Deutschland so wahnsinnig viel kosten, fliehen also nicht vor Krieg, Mord und Totschlag. Nein, sie fliehen vor ihrer Verantwortung als Staatsbürger, Steuern zu zahlen.

Das sind die wirklichen »Problem-Flüchtlinge« Europas. Die, die es gut genug haben und trotzdem noch fliehen, um noch mehr zu bekommen. Wahrer Geiz drückt sich in Milliarden aus. Und darüber regt sich kaum ein Deutscher auf. Wo sind hier die Protestmärsche »besorgter Bürger«?

*Huff/PSZ*

*(Quelle: Pritzwalker Stadtzeitung, Oktober 2015)*



## Man kann ihnen nicht genug danken



Wenn Schwestern bis 67 arbeiten?!

Zeichnung: Jasmin Wölfel

**H**underttausende Menschen, darunter viele Frauen, arbeiten in Deutschland in Bereichen, in denen keine materielle Wertschöpfung erfolgt. Getreu der kapitalistischen Maxime, dass derjenige, der Mehrwert schafft, auch etwas davon erhalten soll, werden die Mitarbeiter in sozialen Berufen abgehängt. Ob Krankenschwester bzw. Pfleger, egal, ob im stationären oder ambulanten Bereich oder ErzieherInnen in Kitas, Horten oder Heimen, diese Berufe schaffen keine Werte und haben demzufolge auch keine Lobby und werden schlecht bezahlt.

Aber, und das sollte sich jeder einmal vor Augen führen, was wäre, wenn es diese Menschen nicht geben würde?

### Tag und Nacht für uns da

Diese Menschen, das sind jene, die uns Tag und Nacht bei Erkrankung oder im Pflegefall betreuen, behandeln, versorgen, ja einfach für uns da sind. Und das rund um die Uhr, also 24 Stunden täglich, auch an den Wochenenden oder Feiertagen. Wir sprechen hier von etwa 316.000 Pflegekräften allein in Krankenhäusern. Während die Ärzte eine starke Lobby haben, stehen die Pflegekräfte allein da. In Krankenhäusern können sie sich gewerkschaftlich organisieren, aber im ambulanten Bereich sieht es da schon anders aus. Hier verstehen es die Arbeitgeber immer noch, eine gewerkschaftliche Organisiertheit zu verhindern.

### Stress pur

Jeder, der schon einmal selbst im Krankenhaus war oder dort jemanden besuchte, hat sich über die Hektik auf den Fluren gewundert. Da klingelt es dort, da

klingelt es hier, aber die Schwester behandelt gerade einen Patienten. Dass zwischenzeitlich ein anderer Patient gestürzt ist, stellt sie erst dann fest, wenn sie Zeit für ihn hat. Dass diese Zustände unhaltbar sind, haben zwar die Betroffenen und ihre Gewerkschaft erkannt, aber die Bundespolitik ignoriert diese Problematik. Deshalb hatte die Gewerkschaft ver.di als Interessenvertreter der

Schwestern und Pfleger eine Petition gegen das von der Bundesregierung geplante Krankenhausstrukturgesetz gestartet. Die über 150.000 Unterschriften wurden dem Petitionsausschuss des Bundestages übergeben.

### Europaweites Schlusslicht

Deutschland, das sich immer als eine führende Macht in Europa darstellt, hinkt jedoch im sozialen Bereich den anderen EU-Ländern hinterher. Krankenhäuser stehen genau so wie andere soziale Einrichtungen unter einem enormen finanziellen Druck. Da man aber bei Ärzten nicht kürzen kann, geht es an das Pflegepersonal. In Deutschland pflegt bzw. versorgt eine Fachkraft (Krankenschwester/Pfleger) im Schnitt 10,3 Patienten, während in anderen Ländern dieser »Schlüssel« wesentlich kleiner ist.

### Die Politik ist gefordert

Seit Jahren gibt es immer wieder mal neue Gesetze im Gesundheitswesen. Mit jedem Gesetz verschärft sich der finanzielle Spielraum, den Kliniken haben. Dies wirkt sich zuerst auf die Pflegekräfte und schlussendlich auf die Patienten aus. Während die Regierenden Jahr für Jahr Unsummen für die Rüstung ausgeben, wird bei den Schwächsten, und dazu gehören auch die Kranken und Pflegebedürftigen, gespart. Ein aktuelles Beispiel ist das am 13. November vom Bundestag beschlossene »Pflegerstärkungsgesetz II«. Dazu sagt der Sozialverband Deutschland: Dem Gesetz fehlt ein solidarisches Finanzierungskonzept. Das ist mit Blick auf die steigenden Armutsrisiken in der Pflege ein Verhängnis. Der Gesetzgeber muss

nachbessern und die Belastung stärker umlagefinanziert verteilen.

### Wenn sich nichts ändert, dann droht der Kollaps

Ärzte sprechen bereits heute davon, dass nicht mehr sie, sondern die Verwaltung entscheidet, wann ein Patient als »genesen« gilt. Sie sagen auch, dass sie nachweisen müssen, warum bei Patienten die gesetzlich vorgeschriebene Liegezeit überschritten wird. Pfleger von der Intensivtherapie klagen über extreme Überbelastung, weil sie gleichzeitig mehrere Patienten behandeln/betreuen müssen, obwohl ein »Schlüssel« von 1:1 bzw. 1:2 festgelegt ist.

Extrem kompliziert wird es, wenn statt Fachkräften, wie vom Gesetzgeber gefordert, Pflegehilfskräfte eingesetzt werden. Was daraus entstehen kann, musste die Berliner Feuerwehr erleben. Eine Pflegehilfskraft sollte alleine 21 Menschen in einem Pflegeheim betreuen. Als sie merkte, dass sie das nicht schafft (zu diesem Zeitpunkt lagen einige Senioren seit 4 Stunden ohne Betreuung, davon einige, die ständig überwacht werden müssen), rief sie die Feuerwehr zu Hilfe. Jetzt ermittelt das Landeskriminalamt. Damit so etwas nicht Alltag wird, sollten wir die Pflegekräfte in ihrem gerechten Kampf unterstützen. Das kann jeder, der ein Krankenhaus besucht, tun, indem er sich bei der jeweiligen Klinikleitung über seine festgestellten Missstände beschwert.

Achim Müller

### Für eine bessere Pflege in Deutschland

1. (Re)Finanzierung und Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege für alle Menschen (unabhängig vom Vermögen)
2. Verbindliche Personalbemessungsinstrumente in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, um die Berufsfucht zu stoppen und die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern sowie bundeseinheitliche Pflegeschlüssel
3. Budgetierung von indirekter Pflege (Selbstpflege, Weiterbildung, Besprechungskultur, Teamentwicklung)
4. Zurückführung der Dokumentation auf ein gesundes Maß und Ausbau einer systematischen Besprechungskultur

(aus: 10 Forderungen von »Pflege am Boden«, September 2014, [www.pflege-am-boden.de](http://www.pflege-am-boden.de))



# Rotes Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau

Die Debatte geht auch in Wittstock weiter

Am 19. November fanden sich über drei Dutzend BürgerInnen im großen Sitzungssaal des Rathauses Wittstock ein, um an einer Diskussionsveranstaltung zur Energiepolitik der LINKEN teilzunehmen. Der fachlich geprägte und informative Austausch fand auf Augenhöhe in einem Format, ähnlich dem Runden Tisch, statt. Unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann umrahmte das Thema mit den weitergehenden Dimensionen des PLAN B.

Dieses vor gut vier Jahren von der Linksfraktion im Bundestag entwickelte Konzept bemüht sich um eine gerechte, emanzipatorische Gesellschaft, die unweigerlich auch mit umweltpolitischem Fortschritt einhergehen muss. Die durch Frau Tackmann genannten weiterhin bestehenden Ketten des Kapitalismus hindert DIE LINKE nicht daran, bereits jetzt wichtige Reformprozesse in Gang zu setzen, die hier und heute erste Erfolge (Stichwort Rekommunalisierungen) aufzeigen.

Ob im sozialen Bereich, bei Grund und Boden, dem gemeinnützigen Wohnungs-

bau oder dem Öffentlichen Verkehr - der PLAN B liegt nicht hinter verschlossenen Türen wie ein TTIP-Vertrag, sondern wurde auch an diesem Tag transparent und konstruktiv debattiert.

Die anwesenden Akteure aus Politik, Verwaltung, öffentlichen Unternehmen und Zivilgesellschaft zeichneten ein Bild vom aktuellen Sachstand bei Technik, Organisation und Gesetzgebung. Es wurde deutlich, dass es neben den verschiedenen Interessenlagen und ihrer Einbindung, bei regionalen Fragen der Windenergie, auch in anderen Technologiezweigen wie der Strom-Wärme-Kopplung oder der Solarenergie, nicht zu vernachlässigende Spielräume für mehr Bürgerbeteiligung, demokratische Kontrolle und Nachhaltigkeit gibt. Ebenso deutlich wurde, dass neben der oben genannten Hürde der freien Marktwirtschaft mit all ihren Unwegsamkeiten, auch derzeitige Kompetenzgrenzen überwunden werden müssen. Dennoch ist es nötig, vor Ort am Ball zu bleiben, ohne die politischen Kräfteverhältnisse in Bund und EU aus dem Blick zu verlieren.



Alle Interessierten, egal ob vom Fach oder neugierig, sind somit eingeladen, sich weiterhin zu beteiligen. In der ersten Februarwoche des neuen Jahres wird es hierfür eine nächste spannende Möglichkeit in Neuruppin geben. Dann lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg zu einer Diskussionsveranstaltung ein. Dort wird sich PLAN B unter anderen in Workshops mit weiteren VertreterInnen von Formen alternativen Wirtschaftens auf die Spur von Chancen und Grenzen solidarischer Ökonomie im ländlichen Raum begeben. *MaC*

## Würdige Erinnerung und Mahnung



Auch auf dem Wittstocker Marktplatz gedachten Bürger der Opfer Foto: Privat

### Gedenken 77 Jahre nach der Reichspogromnacht

Bezogen auf die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 im Deutschen Reich, wurde sich 77 Jahre später mahnend an die Opfer nationalsozialistischen Terrors erinnert. Das Bündnis »Neuruppin bleibt bunt«, dem auch Vertreter der LINKEN angehören, sowie engagierte Jugendliche aus dem »MittenDrin« zeichnen durch gründlich recherchierte Beiträge und Bilder eindrucksvolle Portraits von jüdischen Familien aus Neuruppin.

Die ersten »Stolpersteine« wurden 2003 von Gunter Demnig verlegt. 2004 folgten sechs weitere zum Gedenken an die Euthanasieopfer auf dem Gelände der Ruppiner Kliniken.

Nachdem sich vor dem ehemaligen Wohnhaus von Emilie Drucker in der Karl-Marx-Str. 22 versammelt wurde, folgte ein andächtiger Gang durch die

Stadt zu einem weiteren Standort nahe des Bahnhofes Rheinsberger Tor. Hier in der Hans-Thörner-Str., wo noch »Stolpersteine« zum Gedenken an die Familie Hertzberg gelegt werden sollen, wurden heute entsprechende Banner und Fotos hochgehalten. Begleitet durch ein Trompetenstück gedachten die Versammelten der Diffamierung, Verfolgung, Enteignung, Deportation und letztendlich Ermordung von Millionen durch das NS-Regime, zu dem die Novemberpogrome den traurigen Auftakt gaben.

»Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus!« darf angesichts dieser vergangenen und leider auch aktuellen Ereignisse nicht zu einer leeren Phrase werden. Konsequenter Antifaschismus bedeutet, bezüglich der Ursachen immer auch die Systemfrage zu stellen. *MaC*

# Die etwas andere Seite

Manche Politiker versprechen NICHTS - und sie halten sich auch daran!

Einen guten Artikel zu schreiben ist gar nicht so leicht. Schon ein einziger Buchstabe kann den ganzen Artikel urinieren.

## Schäubles soziale Ader



„Die Kindergelderhöhung von SECHS EURO ist ein starkes Signal und zeigt, wie sehr mir und meiner Partei, die Kinder am Herzen liegen!“

Quelle: Pritzwalker Stadtzeitung, Ausgabe 36

## NEULICH IM BUNDESTAG



Quelle: Pritzwalker Stadtzeitung/Winkelmann

Wer Geist hat, hat sicher auch das rechte Wort, aber wer Worte hat, hat darum noch nicht notwendig Geist.  
Konfuzius

### -ausgerechnet Schäuble-

»Die wichtigste Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum in europäischen Volkswirtschaften ist *Vertrauen*.«  
Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister (CDU)

Die Dummheit kennt keine Grenzen – aber verdammt viele Leute.

»Alles, was der Wirtschaft schadet, muss auf bessere Zeiten verschoben werden.«  
Markus Söder, Bayerns Finanzminister (CSU), über Mindestlohn und Rente mit 63

Künstliche Intelligenz ist gar nichts, verglichen mit natürlicher Dummheit.  
Steve Carell

Seehofer besucht einen Bauernhof. Ein begleitender Pressefotograf macht Bilder. »Dass ihr mir aber nicht so eine blöde Bildunterschrift wie - Seehofer mit seinen Schweinen o. ä. darunter schreibt« sagt Seehofer. Am nächsten Tag in der Zeitung unter dem Bild: »Seehofer, dritter von links«.

Schwester, von dem farbigen Arzt dort möchte ich nicht behandelt werden!  
Keine Angst, der Herr Professor behandelt nur Privatpatienten.

Zwei große Fragenkomplexe bewegen das **Abendland**. Erstens: Wie ticken die Muslime, was denken sie, was wollen sie, passen sie zu uns, den geborenen Demokraten der alten Welt? Und zweitens: Wie ticken die Russen, warum wählen sie immer wieder jemand wie Putin, was wollen sie, passen sie zu uns ...?

Dazu werden langatmige Fachschriften verfasst sowie Talkshows veranstaltet, in denen die Auskenner einander auch mal anbrüllen und beschimpfen. Soweit es die Fernsehdemokratie eben erfordert. Aber nun wird die Expertengesellschaft durch eine Studie erschüttert: Vor 7500 Jahren kam eine riesige Zuwanderungswelle aus Nahost, vor 4500 Jahren eine weitere Welle aus dem südlichen Russland, und zwar ganz ohne das Lockmittel Hartz IV. Die einheimischen Jäger und Sammler wurden wegassimiliert. Wir alle sind irgendwie Araber und Russen, so sieht 's aus. Also, Kreml-Astrologen, Putin-Versteher, Pegidas usw.: Studie lesen, Selbstbild erneuern und dann alles noch mal ganz von vorn. *wh*

(unten links, neues deutschland vom 3. März 2015)



Der Osten ist jetzt ein sicheres Herkunftsland.  
Collage: Arno Funke („Eulenspiegel“)  
(Quelle: RotFuchs November 2015, Seite 3)

Dein Auto ist deutsch.  
Dein Wodka ist russisch.  
Deine Pizza ist italienisch.  
Dein Döner ist türkisch.  
Deine Demokratie ist griechisch.  
Dein Kaffee ist brasilianisch.  
Deine Filme sind amerikanisch.  
Dein T-Shirt ist indisch.  
Dein Handy ist chinesisch.  
Und du beschwerst dich, dass dein Nachbar ein Ausländer ist?  
  
KOMM KLAR.  
  
WIR SIND ALLE MENSCHEN.

»DAS IST SO SCHÖN, WIE MAN EIN AUTO HAT ODER EINE ORDENTLICHE WASCHMASCHINE. ABER MAN DARF AUS DER PUREN EXISTENZ VON FACEBOOK NICHT ENTNEHMEN, DASS ICH AUTOMATISCH TOLLE FREUNDE HABE.«  
Angela Merkel, Bundeskanzlerin (CDU)

## Interessante Leute in unserem Kreis

Eine ganz andere Art zu malen präsentiert Jens Kanitz, der Neuruppiner Künstler, in der Galerie »Raumglück« in der Präsidentenstr. 8. Unter Verwendung von Naturmaterial - Pflanzen und Zweige -, alten Schriften, Zeichnungen und Farbe stellt er dort Bilder vor, wo sich das Ansehen allemal lohnt.

Wir besuchten ihn in seinem Atelier in Gildenhall und konnten hier seine erstaunliche Vielseitigkeit - auch wunderschöne kleine Skulpturen und Zeichnungen waren zu sehen - kennenlernen.

Die Ausstellung im »Raumglück« nennt er »Herbarien 1897-2015«. Als er vor Jahren noch in Netzeband sein Atelier hatte, »entdeckte« er für sich diese ungewöhnliche Art der Bilder. Sein wohl bekanntestes Werk in Neuruppin ist die »Weltenachse« - sie steht vor dem Amtsgericht. Sie verkörpert das Bild einer Säule als Mittelpunkt und zentrale Achse der Welt, die zu einer Himmelsleiter wird, die niedere und höhere Welten verbindet. Die hohe Skulptur (im Kleinformat in seiner Ausstellung zu sehen) ist aus einem Eichenstamm gearbeitet.

Manchmal ist 's für den Normalbürger nicht so einfach, die Inhalte moderner Kunst zu erkennen; man muss sich schon damit beschäftigen. Jens Kanitz, Mitte 40, gelernter Forstwirt, danach Studium der Kunsttherapie, gestaltet auch besonders gern Holz. Übrigens ist er »nicht nur« freischaffender Bildhauer und Grafiker. Er arbeitet vor allem auch (und gern!) wöchentlich etliche Stunden als Kunsttherapeut im Neuruppiner Klinikum. Das Kennenlernen vieler Menschen und ihrer Schicksale, ihr Bemühen um das Verständnis von Kunst, das eigene künstlerische Betätigen (auch wenn es nicht den Anspruch auf »Kunst« erhebt) betrachtet er als eine Bereicherung für sich und seine Arbeit.



Axis Mundi - Weltenachse

Christa Horstmann

Foto: Inge Richter



In diesem Jahr beteiligten sich erstmals neun Städte im Landkreis an der Fahnenaktion der Frauenrechtsorganisation »Terre des Femmes« anlässlich des Internationalen Tages »Keine Gewalt gegen Frauen« am 25. November. Beate Schädler vom Verein »Neuruppiner Frauen für Frauen« wies in ihrer Ansprache darauf hin, dass die Gewalt gegen Frauen und Kinder zunimmt. Im Jahr 2014 wurden in Deutschland 160 Frauen von ihren Ehemännern, Partnern und Ex-Partnern getötet (2013: 138 Frauen; 2012: 106 Frauen).

Foto: Jürgen Schubert



v. l.: Kirsten Tackmann und Beate Schädler

Foto: Paul Schmudlach

Bei ihrem Neuruppin-Aufenthalt am 18. November 2015 besuchte Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann von der LINKEN auch das Frauenhaus. Schon mehrfach ist hier ihre Unterstützung wirksam geworden. Auch dieses Mal hat sie 250 Euro übergeben. Das Geld stammt aus der Diätenerhöhung im Bundestag, die bekanntlich die Abgeordneten der LINKEN nicht für sich verwenden, sondern meist für soziale Zwecke zur Verfügung stellen. Bereits im Juni 2015 hatte Kirsten Tackmann dem Neuruppiner Frauenhaus 300 Euro übergeben.

## Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	5.1.	Jürgen Erfurth	Schweinrich	zum	71.
Am	6.1.	Ursula Bumke	Heiligengrabe	zum	81.
Am	10.1.	Anton Schlögel	Neuruppin	zum	91.
Am	10.1.	Heidemarie Spogat	Neuruppin	zum	63.
Am	12.1.	Anette Bock	Kyritz	zum	62.
Am	12.1.	Elfriede Selle	Kyritz	zum	84.
Am	13.1.	Rudi Menzel	Neuruppin	zum	73.
Am	15.1.	Joseph Schipka	Rheinsberg	zum	70.
Am	21.1.	Doris Hochschild	Neuruppin	zum	61.
Am	21.1.	Christa Horstmann	Neuruppin	zum	82.
Am	22.1.	Marlen Trepte	Rüthnick	zum	82.
Am	24.1.	Dieter Groß	Kyritz	zum	67.
Am	26.1.	Manfred Meißner	Rheinsberg	zum	77.
Am	28.1.	Siegfried Naumann	Wildberg	zum	81.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Wir gratulieren nachträglich ganz herzlich Marianne und Emil Timm in Kyritz zum seltenen Fest der diamantenen Hochzeit, das sie am 19.11.2015 feiern konnten.

Wir wünschen beiden noch viele schöne und gemeinsame Jahre!

## Vormerken für 2016

Auf zur LL-Demo nach Berlin



**Treffpunkt**

und Abfahrt mit dem Bus am

**10. Januar 2016**

**um 8 Uhr**

an der Geschäftsstelle der LINKEN, Schinkelstr. 13 in Neuruppin.

## Klein aber fein

**S**ehr ausdrucksstark - so kann und muss man die am 5. November in der Kreisgeschäftsstelle eröffnete Ausstellung »Plakatkunst« bezeichnen.

Der seit DDR-Zeiten bekannte Grafiker Siegfried Lachmann zeigt hier eine Auswahl seiner politischen Plakate. Auch weniger Kunstinteressierte erkennen, durch die Klarheit und Aussagekraft der Ausstellungsstücke von Lachmann, sofort deren politischen Inhalt. Wenn man sich beispielsweise das Plakat »NSU« anschaut und die gelangweilt dreinschauende Justitia sieht, springt einem sofort die politische Aussage ins Auge.

Siegfried Lachmann erzählte den Anwesenden, was ihn bewogen hat, das jeweilige Plakat zu gestalten.



Foto: Achim Müller

ten. Marianne Kühn-Berger, unsere Grand-Dame der Neuruppiner Kunstszene, welche diese Ausstellung auch wieder initiiert hat, berichtete, welcher Aufwand zur Vorbereitung und Gestaltung so einer Ausstellung notwendig ist. Sie betonte, dass es nicht hoch genug gewürdigt werden kann, dass Künstler, die ja Freiberufler und somit auf jeden Cent Einkommen angewiesen sind, so eine Ausstellung kostenlos ermöglichen.

Marianne Kühn-Berger bedankte sich in diesem Zusammenhang bei den Unterstützern, die immer die Ausstellungen in der Kreisgeschäftsstelle ermöglichen. Hierbei nannte sie, stellvertretend für alle, u. a. Dieter Pethke, Doris Hochschild und Achim Behringer.

Achim Müller

## Kontakte

**Dr. Kirsten Tackmann**, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.

Tel.: 030/22774309  
Fax: 030/22776308  
Funk: 0173/3804592  
www.kirsten-tackmann.de

**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**  
Tel.: 033971/32857  
Fax: 033971/32893  
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de  
Sprechzeiten:  
Die.-Do. 09.00 - 12.00 Uhr

**Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE**  
Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**  
Schinkelstr. 13, Neuruppin;  
Tel.: 03391/2383  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr  
14.00 - 16.00 Uhr  
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

**Margitta Mächtig**, Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE  
Tel.: 0331/966-1500  
www.margitta-maechtig.de

**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**  
Tel.: 033971/304941  
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**  
Schinkelstr. 13, Neuruppin;  
Tel.: 03391/655420  
Fax: 03391/655422  
www.dielinke-opr.de  
E-Mail: kv@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr  
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**  
Do. 10.00 - 12.00 Uhr  
Kreisschatzmeister **David Hölker**  
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr  
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

**Geschäftsstelle Kyritz**  
Wilsnacker Str. 1, Kyritz;  
Tel.: 033971/72086  
Fax: 033971/32893  
E-Mail: bock@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten:  
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

**Geschäftsstelle Wittstock**  
Marktgasse 2, Wittstock;  
Tel.: 03394/4031363/64/65  
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten:  
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr  
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr  
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

## Termine (Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Sonnabend, 12.12.15	<b>Bilanzveranstaltung Dr. Kirsten Tackmann, MdB</b> 10-12.30 Uhr, Kyritz - Bluhm's Hotel
Montag, 14.12.15	<b>Stadtverordnetenversammlung Neuruppin</b> 18.30 Uhr, Rathaus A, K.-Liebknecht-Str.
Dienstag, 15.12.15	<b>Gemeindevertretung Wusterhausen/Dosse</b> 19.00 Uhr, Ribbes Partyhaus, Berliner Str. 38, 16868 Wusterhausen
Dienstag, 15.12.15	<b>Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Wittstock</b> 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 16.12.15	<b>Stadtverordnetenversammlung Wittstock</b> 18.30 Uhr, Rathaus Wittstock
Mittwoch, 16.12.15	<b>Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin</b> 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 04.01.16	<b>Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 04.01.16	<b>Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin</b> 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag, 07.01.16	<b>Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 07.01.16	<b>Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock</b> 17.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 11.01./25.1.	<b>Marxistischer Lesekreis</b> 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 20.01.16	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**  
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P.: Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Redaktion: Jürgen Schubert (verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Achim Müller, Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 08.01.2016**  
**Erscheinungsdatum: Mi., 20.01.2016**